

Umsteuern

François Bausch

Steuern sind die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Sie dienen vorrangig der Finanzierung der öffentlichen Investitionsausgaben und des öffentlichen Sozialhaushaltes. Da Steuern Einzelpersonen, Haushalte oder Betriebe finanziell belasten, können sie eine Auswirkung auf deren Verhaltensweisen ausüben. Steuern sind demnach ein wichtiges Steuerungsinstrument des Staates für die Gesellschaft. An der Steuerpolitik eines Staates erkennt man daher dessen politische Ausrichtung.

So war die Steuerreform, die im Sommer 2000 für die Jahre 2001 und 2002 von der CSV/DP-Regierung beschlossen wurde, eine großzügige Verteilungsaktion zugunsten von Besserverdienenden und Betrieben (hauptsächlich Kapitalgesellschaften) ohne wirksamen Lenkungscharakter. Die sich abzeichnenden vier Milliarden Euro staatlichen Überschüsse, sowie die rund neunprozentige Steigerung des Bruttosozialprodukts verleiteten die Regierung, auf Druck der entsprechenden Interessenverbände, zu einem Steuerreduktionsprogramm ohne ökologische Komponente und ohne soziale Ausgewogenheit.

Die achtprozentige Absenkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftsteuer hatte kaum Umsteuerungseffekte. Sie bediente größtenteils Schichten der Gesellschaft, die bereits in hohem Wohlstand leben. Klein- und Mittelverdiener gingen fast leer aus. Auf betrieblicher Ebene sind die Steuerersparnisse an keinerlei Investitionszwänge gebunden.

Die Entscheidungen vom Sommer 2000 sollten in den folgenden Jahren aber ernste Konsequenzen für die Staatseinnahmen haben. In den Jahren 2001, 2002 und 2003 brachen die Staatsfinanzen dramatisch ein und nur ein schnelleres Eintreiben der Steuerrückstände der fetten Jahre zwischen 1998 und 2000 konnte die drohenden Kürzungen

im öffentlichen Investitionsprogramm oder im Sozialhaushalt verhindern.

Das Steuerreduktionsprogramm vom Sommer 2000 war somit eine verpasste Chance für eine vertiefte Steuerreform mit nachhaltigem, ökologischem und

**Der exzessive
Landschaftsverbrauch, die starke
Beanspruchung der Gewässer, die
hohe Luftverschmutzung oder die
enorme Energieverschwendung
sind langfristig nur über geeignete
marktwirtschaftliche
Steuerungsmaßnahmen in den
Griff zu bekommen. Hier ist
eine Strategie der Umschichtung
im Bereich des Steuersystems
hin zu indirekten Umwelt- oder
Energieverbrauchssteuern das
geeignete Instrument.**

sozialem Charakter. In der Tat hätte die ausgezeichnete finanzielle Ausgangsbasis des Staates damals genutzt werden sollen, um über eine vertiefte Umstrukturierung unseres Steuersystems eine öffentliche Finanzpolitik einzuleiten, die sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gewappnet hätten.

Eine sozial ausgerichtete Steuerpolitik muss neben der Schaffung von wirt-

schaftlichen Anreizen auch zum Ziel haben, über das Steuersystem für eine gerechte Verteilung des erarbeiteten Reichtums zu sorgen. Leider wurde letztere Aufgabenstellung durch die mehrheitlich in den 80er und 90er Jahren herrschende neoliberale Denkweise immer mehr verdrängt und vergessen. Beliebige Steuersenkungen waren in Mode; vergessen wurde, dass die nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Industrieländern eingeführte soziale Umverteilung über die direkten, progressiven Steuern ein zentrales Element der sozialen Marktwirtschaft und des Aufbaus des Sozialstaates sind. Wohin uns diese fatale Logik führt, zeigt sich heute in fast allen hoch entwickelten Industrienationen.

Glücklicherweise wird diese Umverteilungslogik von unten nach oben von immer mehr international anerkannten Wirtschafts- und Finanzexperten (Stiglitz, Krugmann, Soros, um nur einige der bekanntesten zu nennen) in Frage gestellt.

Die Umweltbewegung hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten erkannt, dass die Steuerpolitik ein umweltgerechtes Verhalten der Gesellschaft bewirken kann. Erste Konzepte Ende der 80er Jahre, wie das damals vom deutschen Experten Dieter Teufel entworfene Modell, waren zu simplistisch und klammerten leider (im damaligen Modetrend) alle wichtigen sozialpolitischen Elemente aus. Doch bereits Anfang der 90er Jahre, vor allem nachdem immer mehr große international

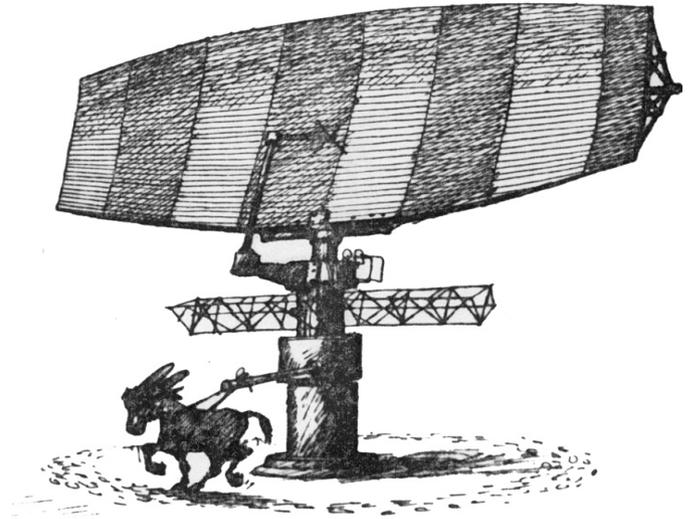
anerkannte Wirtschaftsinstitute sich der Frage der Ökosteuern angenommen hatten, machte die Idee der ökologischen Steuerreform ihren Weg.

Eine erste interessante Studie für Luxemburg wurde Ende der 90er Jahre im Auftrag des Mouvement Ecologique vom Wuppertal Institut ausgearbeitet. Diese hatte neben der damals schon präzisen Beschreibung der Problemstellung für Luxemburg vor allem den Verdienst der sozialen Ausgewogenheit. Neben der aufkommensneutralen Herangehensweise wurde durch die Idee des Öko-Bonus zum einen eine Art Belohnungseffekt für umweltgerechtes Verhalten vorgeschlagen und zum anderen die soziale Ausgewogenheit respektiert. Die kürzlich von Dr. Dieter Ewringmann vorgestellte Studie ist eine Vertiefung der Analyse der Problemstellung. Sie beinhaltet zusätzlich bei den Änderungsvorschlägen, sowie bei der Frage der Aufkommensneutralität und der realeinkommenssichernden Verwendung bessere Vorschläge, die den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst sind.

Besteuerung des Faktors Arbeit versus Besteuerung des Faktors Energie

Die Marktwirtschaft ist ein effizientes System zur Schaffung von gesellschaftlichem Reichtum. Sie garantiert jedoch nicht die gerechte Verteilung dieser geschaffenen Werte. Der Markt ist auch blind gegenüber der Nutzung von natürlichen Ressourcen die ihm kostenlos, bzw. zu übermäßig günstigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Der Produktionsfaktor Arbeit (Mensch) ist der kostenintensivste und steht daher unter enormem Rationalisierungsdruck. Wenn jedoch wie heute, ein starkes Missverhältnis zwischen den Kosten des Faktors Arbeit gegenüber dem Faktor Energie/Umwelt besteht, so erhöht sich der Rationalisierungsdruck gegenüber der menschlichen Arbeitskraft erheblich.

Zu Recht bemerkt Dr. Ewringmann in seiner Studie zu einer nachhaltigen Steuerreform für Luxemburg, „dass der real produktivste Faktor – Energie/ Umwelt/ Ressourcen – nur einen verschwindend geringen Anteil zum gesamten Steuer- und



Abgabenaufkommen beiträgt ... Dadurch wird ein Keil zwischen die Wertschöpfungsbeiträge der einzelnen Faktoren und ihre Kosten bzw. Entgeltanteile getrieben, so dass keine Angleichung der Grenzproduktivitäten erfolgt und wirtschaftliche Effizienzverluste sowie Nettobeschäftigungsverluste auftreten können“.

Hier verdeutlicht sich, wie eng die ökologische Frage mit der sozialen verbunden ist. Eine ökologische Steuerreform hat somit einen direkten Einfluss auf die Schaffung, bzw. die Erhaltung von Arbeitsplätzen

Finanzierung der Sozialversicherungssysteme

Heute werden die öffentlichen Kranken- und Pensionskassensysteme durch die Belastung des Faktors Arbeit finanziert. Je weniger menschliche Arbeitskraft ein Betrieb beschäftigt, desto weniger trägt dieser zur Finanzierung der sozialen Sicherheit bei. Auch dies bewirkt einen zusätzlichen Rationalisierungsdruck bei den Betrieben. Kapitalintensive Betriebe, auch wenn sie noch so hohe Profite erwirtschaften, sind in der Solidargemeinschaft der öffentlichen sozialen Sicherheitssysteme immer weniger eingebunden. Eine strukturelle Verschiebung unter stärkerer Nutzung von Energie- und Umweltsteuern könnte gezielt genutzt werden, um das qualitativ hohe luxemburger Sozialversicherungsniveau finanziell besser abzusichern. Sie könnte zudem jene Betriebe, die arbeitsinten-

siv wirtschaften, gegenüber jenen, die kapitalintensiv arbeiten, entlasten.

Umweltpolitisch umsteuern

Auch wenn ein solides ordnungspolitisches Regelwerk das Rückgrad einer qualitativ hochwertigen Umweltpolitik darstellt, so sind reine wirtschaftspolitische Instrumente als zweites Standbein für eine nachhaltige Entwicklung von großer Bedeutung. Der exzessive Landschaftsverbrauch, die starke Beanspruchung der Gewässer, die hohe Luftverschmutzung oder die enorme Energieverschwendung sind langfristig nur über geeignete marktwirtschaftliche Steuerungsmaßnahmen in den Griff zu bekommen. Hier ist eine Strategie der Umschichtung im Bereich des Steuersystems hin zu indirekten Umwelt- oder Energieverbrauchssteuern das geeignete Instrument.

Ein Beispiel: Das Ziel des integrativen Verkehrs- und Landesplanungskonzepts (IVL), eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, kann nur erreicht werden, wenn neben dem neu zu schaffenden Ordnungsrahmen für die Gemeinden, gleichzeitig Versieglungsabgaben lenkungswirksam mithelfen. Ein anderes Beispiel ist die angestrebte Reduzierung der Luftschadstoffe und vor allem der klimaschädlichen CO₂-Emissionen durch den Pkw oder Lkw-Verkehr. Hier muss zuerst das Angebot der öffentlichen Transportmittel qualitativ und quantitativ erweitert werden. Der anschließende, erwünschte Mentali-

tätswechsel wird jedoch auch hier nur greifen, wenn durch Abgaben die finanzpolitischen Anreize zum Umdenken geschaffen werden. Gerade im Umweltbereich kann durch eine Ökologisierung des Steuerrechts wesentliches erreicht werden.

Grundvoraussetzungen für eine ökologische Steuerreform

1. Sie muss durch eine breite gesellschaftliche Diskussion eingeleitet werden. Ihre Zielsetzungen müssen allen Bürgerinnen und Bürgerin klar und verständlich sein;
2. Sie muss aufkommensneutral sein, d.h. es darf insgesamt keine Mehrbelastung für die Haushalte oder Betriebe entstehen. Dies muss durch Umschichtungen im Steuersystem, oder soziale und ökologische Ausgleichszahlungen gesichert werden;
3. Besonders sozial schwache Gruppen in der Gesellschaft müssen geschützt werden;
4. Der langfristige umweltpolitische Lenkungseffekt muss klar definiert sein und die verschiedenen Umsetzungspha-

sen müssen mit allen wirtschaftspolitisch relevanten Gruppen abgeklärt sein.

Ökologische Steuerreform als zentrales Strategieelement der wirtschaftlichen Erneuerung

Die Umweltproblematik stellt eine der zentralen politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts dar. Die Klimaproblematik und die Energiekrise, der Schutz der natürlichen, überlebenswichtigen Ressource Wasser oder der Erhalt von natürlichen Lebensräumen zum Schutze der Artenvielfalt: All dies sind für die Menschheit heute Überlebensaufgaben geworden. Sie werden von den modernen Industriegesellschaften große wirtschaftliche Rekonversionsprozesse abverlangen.

Jene Industrienationen, die heute ihre Hausaufgaben machen, werden die Gewinner von morgen sein. Ihnen bleiben drastischere und schmerzliche Umsteuerungsprozesse zu einem späteren Zeitpunkt erspart. Sie werden klare wirtschaftliche Standortvorteile gegenüber jenen Industrienationen haben, die heute den Kopf in den Sand stek-

ken. Ihr frühzeitiges Umdenken wird wirtschaftliche und industrielle Innovationsprozesse fördern und Techniken hervorbringen, die Exportschlager von morgen und übermorgen werden. In den kommenden Jahrzehnten werden die aufstrebenden Märkte in Indien, Südostasien oder China, wo hunderte Millionen Menschen leben, aus eigenem Nutzen verstärkt nach Technologien Ausschau halten, die ihren rasanten wirtschaftlichen Aufschwung umweltschonend begleiten.

Die ökologische Steuerreform muss daher aus umwelt- und wirtschaftspolitischen Gründen zum zentralen Strategieelement der notwendigen wirtschaftlichen Erneuerung und Diversifizierung Luxemburgs werden. Die Studie, die Dr. Ewringmann im Auftrag des Mouvement Ecologique erarbeitet hat, bietet eine vortreffliche Diskussionsbasis. Hoffentlich erfährt diese Studie nicht das gleiche Schicksal, das viele wissenschaftliche Studien hierzulande erfahren: ein geduldiges Ende in einer gemütlichen Schublade. Es wäre nicht nur schade für die gute geleistete Arbeit, sondern schädlich für unseren Wirtschaftsstandort.

LÉGUMES BIO

co-labor s.c.

105, route d'Arlon L-1140 Luxembourg Tél.: 44.78.83 / Fax: 45.92.45